

## Kolumbien: Frieden durch Gewalt?

Dietz, Kristina; Wolff, Jonas

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dietz, K., & Wolff, J. (2018). Kolumbien: Frieden durch Gewalt? *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 7, 25-28.  
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67255-7>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kristina Dietz und Jonas Wolff

## Kolumbien: Frieden durch Gewalt?

Für Kolumbiens Noch-Präsident Juan Manuel Santos ist es eine bittere Niederlage: Rund anderthalb Jahre nach Abschluss des historischen Friedensvertrags zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-Guerilla zieht nun mit Iván Duque ein erklärter Gegner des Abkommens in die *Casa de Nariño*, den Präsidentenpalast in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá, ein. In der Stichwahl am 17. Juni setzte sich der Kandidat der rechtskonservativen Partei *Centro Democrático* mit 54 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen den linken Ex-Bürgermeister von Bogotá, Gustavo Petro, durch, der knapp 42 Prozent erhielt. Damit muss der Friedensnobelpreisträger Santos das Präsidentenamt an den Ziehsohn seines wohl erbittertsten Gegners, des ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe, übergeben. Uribe war eine der Schlüsselfiguren in der Kampagne gegen den Friedensvertrag, die Santos beim Referendum im Oktober 2016 eine überraschende – wenn auch äußerst knappe – Niederlage bescherte.<sup>1</sup> Bei den Kongresswahlen im März dieses Jahres löste der *Centro Democrático* Santos' Partei als stärkste Kraft ab. Bedeutet die Wahl Duques nun das endgültige Aus für den ohnehin schleppend verlaufenden Friedensprozess in Kolumbien?

Fest steht: Die diesjährigen Wahlen – die Kongresswahl im März sowie die erste und zweite Runde der Präsidentschaftswahlen im Mai bzw. Juni – sind für Kolumbien in mehrfacher Hinsicht historisch. Es waren zum einen die ersten Wahlen nach Inkrafttreten des Friedensabkommens im November

2016: Im Laufe des Jahres 2017 hatte die FARC-Guerilla ihre Waffen abgegeben und sich in eine politische Partei verwandelt.<sup>2</sup> Für die Parlamentswahl warb sie – nun nicht mehr als *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*, sondern als *Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común* – über 50 Jahre nach ihrer Gründung nun erstmalig auf friedlichem Wege für ihre politischen Ziele. Am Ende erhielt sie allerdings deutlich weniger als ein Prozent der Stimmen. Im neuen Kongress wird die FARC gleichwohl vertreten sein: Der Friedensvertrag garantiert ihr für zwei Legislaturperioden je fünf Sitze in Senat und Abgeordnetenhaus.

Historisch war zum anderen das Abschneiden der Linken – trotz der deutlichen Niederlage Petros in der Stichwahl. Bereits bei der Kongresswahl gelang den Parteien des in Kolumbien traditionell marginalen Mitte-Links-Spektrums ein Achtungserfolg: Zählt man die Grüne Partei (*Alianza Verde*), den linksliberalen *Polo Democrático* und die neue, von Gustavo Petro angeführte Allianz linker Kräfte (*Decentes*) zusammen, konnte dieses Lager die Präsenz in beiden Parlamentskammern deutlich ausbauen. Noch bemerkenswerter waren die Ergebnisse der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen: Noch nie in der Geschichte Kolumbiens erhielt ein dezidiert linker Präsidentschaftskandidat so viele Stimmen wie Petro mit seinem Programm „Colombia Humana“ (Menschliches Kolumbien). Im ersten Wahlgang stimmten 25 Prozent der Wählerinnen und Wähler für ihn. Ge-

1 Vgl. Anna-Lena Dießelmann und Andreas Hetzer, Kolumbien: Frieden auf der Kippe, in: „Blätter“, 11/2016, S. 13-16.

2 Vgl. Alexandra Endres, Kolumbien: Von der Guerilla zur Partei?, in: „Blätter“, 9/2017, S. 33-36.

meinsam mit dem gemäßigt linken Kandidaten Sergio Fajardo, dessen Kandidatur unter anderem von der *Alianza Verde* und dem *Polo Democrático* unterstützt wurde und der mit 24 Prozent im ersten Wahlgang nur knapp hinter Petro blieb, kratzte das Mitte-Links-Spektrum damit bereits an der 50-Prozent-Marke. In einem Land, in dem sich liberale und rechtskonservative Kräfte die politische und ökonomische Macht traditionell untereinander aufteilen, ist das ein absolutes Novum. Während es Fajardo in einer Stichwahl vielleicht hätte gelingen können, das fragmentierte Lager der Unterstützer des Friedensprozesses gegen Duque zu vereinen, waren das ehemalige Mitglied der M-19-Guerilla Petro und sein Anti-Establishment-Kurs für die kolumbianische Gesellschaft offensichtlich (noch) zu viel des Guten. Selbst Fajardo plädierte vor dem zweiten Wahlgang für die Abgabe eines ungültigen Wahlzettels (*voto en blanco*), womit er faktisch Duque in die Hände spielte. Dass Petro in der Stichwahl gleichwohl auf 42 Prozent kam, bestätigt vor diesem Hintergrund den Aufschwung der politischen Linken.

Das Wahlergebnis offenbart damit deutlich die politisch-ideologische Polarisierung der kolumbianischen Gesellschaft. Diese Spaltung reflektiert die strukturell verfestigte soziale Ungleichheit, die vor allem beim Landbesitz zum Ausdruck kommt. Sie reflektiert aber auch die Auswirkungen eines Wirtschaftsmodells, das auf forcierte Rohstoffausbeutung setzt, sowie den wachsenden gesellschaftlichen Einfluss reaktionärer religiöser Kräfte.<sup>3</sup> Dass diese alles andere als neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien im Kontext des Friedensprozesses als politische Polarisierung offen zu Tage treten, ist sicher kein Zufall. Das Friedensabkommen mit den FARC bot hierfür

3 Vgl. Oxfam International, Radiografía de la desigualdad. Lo que nos dice el último censo agropecuario sobre la distribución de la tierra en Colombia, Mai 2017.

offensichtlich sowohl einen Anlass als auch eine Chance. Einerseits nutzte die rechte Opposition die Zugeständnisse an die Guerilla, um erfolgreich gegen die vorgebliche Aushändigung des Landes an die FARC, gegen die Gefahr eines „Castro-Chavismus“ und die vermeintlich drohende Zersetzung konservativer Grundwerte – etwa durch die von ihr verhasste „Gender-Ideologie“ – zu mobilisieren. Andererseits hat das Ende des bewaffneten Konflikts zwischen Regierung und FARC die Spielräume für die politische Linke und die Mobilisierung sozialer Ungleichheitsthemen deutlich erweitert.

Der Blick auf die Parlamentswahl verdeutlicht allerdings, dass das Bild einer scharfen Polarisierung zwischen Rechts und Links und zwischen Gegnern und Befürwortern des Friedensabkommens zu relativieren ist. Im neuen Kongress besitzt das Mitte-Rechts-Lager zwar eine klare Mehrheit, ist aber derzeit insbesondere in der Frage des Friedensprozesses tief gespalten. Umgekehrt bleiben die linken Parteien parlamentarisch bis auf Weiteres in der Minderheit. Gerade in friedenspolitischen Fragen können sie aber mit dem gemäßigten Zentrum durchaus schlagkräftige Allianzen bilden. Diese Kombination aus Polarisierung und Fragmentierung hat unmittelbare Folgen für die Handlungsspielräume des neuen Präsidenten – und damit für die Zukunft des Friedensprozesses.

### Das Ende des Friedensprozesses?

Um die Bedeutung der Wahl Duques für den kolumbianischen Friedensprozess einschätzen zu können, sind zwei Unterscheidungen zentral. Erstens die zwischen der Umsetzung des Abkommens mit den FARC, das im November 2016 in Kraft trat und dessen Bestimmungen vom kolumbianischen Verfassungsgericht für die nächsten drei Regierungen als bindend festgelegt wurden, und den laufenden Ver-

handlungen mit der verbleibenden ELN-Guerilla. Zweitens ist mit Blick auf die Umsetzung des bestehenden Friedensabkommens zwischen der nationalen und der lokalen Ebene zu differenzieren.

Mit Blick auf die ohnehin schwierigen Verhandlungen mit dem *Ejército de Liberación Nacional* (ELN) lassen die Ankündigungen Duques eigentlich nur eine Option vermuten: deren vorzeitiges Ende. Jedenfalls ist kaum vorstellbar, dass die Guerilla-Organisation die von Duque im Wahlkampf verkündeten Voraussetzungen eines fortgesetzten Dialogs – etwa die territoriale Konzentration all ihrer Kämpfer – akzeptiert. In Reaktion auf einen Abbruch der Verhandlungen dürften sowohl Staat als auch ELN ihre militärischen Aktivitäten wieder deutlich steigern. Die Leidtragenden einer solchen Eskalation wären die Menschen in jenen Regionen Kolumbiens, in denen die ELN ihre Präsenz nach dem Rückzug der FARC teils deutlich ausgebaut hat.

Weniger eindeutig waren Duques Ankündigungen mit Blick auf das Friedensabkommen mit der FARC. Im Wahlkampf hatte er das Friedensabkommen zwar scharf kritisiert, zugleich aber stets betont, er werde das Abkommen nicht komplett aufkündigen, sehr wohl aber „wichtige Modifikationen“ vornehmen.<sup>4</sup> Drei Forderungen standen dabei im Zentrum: Anders als im Friedensabkommen festgelegt, soll erstens Drogenhandel, auch wenn er der Finanzierung des bewaffneten Konflikts diene, nicht unter die im Friedensvertrag vereinbarte Amnestie-Regelung fallen. Zweitens will Duque die Regeln der Sonderjustiz (*Jurisdicción Especial para la Paz* – JEP) so überarbeiten, dass beispielsweise ehemalige Guerillakämpfer erst dann politische Ämter übernehmen können, wenn sie die entsprechenden Verfahren (samt Strafen) durchlaufen haben.

4 Vgl. Juanita León, ¿Podría Duque modificar el Acuerdo de Paz?, in: „La Silla Vacía“, 25.5.2018.

Drittens soll mit Blick auf das Thema Landreform die Rechtssicherheit derjenigen Landbesitzer gestärkt werden, die von gewaltsamen Vertreibungen profitiert haben, beim Landkauf aber vermeintlich „in gutem Glauben“ handelten.

Inwieweit es Duque gelingt, die nötigen Mehrheiten für entsprechende Gesetzes- oder Verfassungsänderungen zu bilden, wird sich erst noch zeigen. In jedem Fall ist aber damit zu rechnen, dass die parlamentarische Umsetzung des Friedensabkommens, die schon unter Santos nur mit massiven Verzögerungen und Schwierigkeiten vorankam, unter Duque weiter hinter den ursprünglichen Zeitplan zurückfällt – wenn sie nicht vollständig zum Erliegen kommt. Entsprechendes gilt für die administrative Umsetzung durch die Exekutive und die von ihr abhängigen staatlichen Agenturen. Auch wenn der Friedensprozess damit vermutlich nicht offiziell scheitern wird, so wird er doch weiter an Legitimität und Wirksamkeit verlieren. Mit einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes durch die FARC ist zwar kaum zu rechnen. Aber je weniger sich der kolumbianische Staat an die Verpflichtungen hält, die er im Friedensabkommen eingegangen ist, umso wahrscheinlicher wird es, dass sich weitere der zunehmend frustrierten ehemaligen FARC-Kämpferinnen und -kämpfer anderen bewaffneten oder kriminellen Gruppen anschließen.

### Der gespaltene Frieden

Betrachtet man den Friedensprozess aus der Perspektive der ländlichen Regionen, wird das Bild nicht optimistischer. Aber die Befürchtung einer radikalen Kehrtwende relativiert sich aus dieser Perspektive deutlich. Denn gerade in den Konfliktregionen des Landes wurden die mit dem Friedensprozess verbundenen Hoffnungen bereits unter der Regierung Santos mas-

siv enttäuscht. Hier zeigte sich bereits vor den Präsidentschaftswahlen die Herausbildung eines besonderen Typs von Frieden: Frieden mit Gewalt.

Während im Zuge des Friedensprozesses die bewaffneten Auseinandersetzungen sowie die allgemeine Mordrate massiv zurückgegangen sind, haben gezielte Ermordungen und Bedrohungen von Menschenrechts- und Umweltaktivisten deutlich zugenommen.<sup>5</sup> Diese konzentrieren sich besonders auf diejenigen Regionen, in denen der Gewaltkonflikt schon lange präsent ist. Parallel zum Rückzug der FARC tauchten hier nicht selten verschiedene andere nichtstaatliche Gewaltakteure auf, die untereinander und mit dem Staat um die territoriale Macht ringen. Gleichzeitig ist von dem im Friedensvertrag gemachten Versprechen einer „strukturellen Transformation des ländlichen Raums, die die Kluft zwischen Land und Stadt schließt und die Bedingungen von Wohlfahrt und gutem Leben für die ländliche Bevölkerung schafft,“<sup>6</sup> gerade in den Konfliktregionen bislang wenig zu spüren.<sup>7</sup>

Auch ohne den Wechsel im Präsidentenpalast drohte insofern in Kolumbien ein zentrales und weltweit einmaliges Ziel des Friedensabkommens zu scheitern: die Konstruktion eines territorialen Friedens. Auch wenn die genaue Bedeutung des Konzepts umstritten ist, ist damit zumindest eine zentrale Botschaft verbunden: Ein nachhaltiger Frieden wird in Kolumbien nur über lokal angepasste Prozesse der Konflikttransformation in den ländlichen Regionen gelingen, die Antwort

auf die Fragen sozialer Ungleichheit, sozio-ökonomischer Absicherung, politischer Partizipation, der Anerkennung politischer und kultureller Rechte und des Landzugangs bieten.<sup>8</sup> Ein so verstandener territorialer Frieden zeichnet sich nirgends im Land ab.

Mit Duque ist in den ländlichen Regionen die Konsolidierung des Friedens mit Gewalt zu erwarten, in einigen Regionen droht sich die Lage vermutlich sogar zuzuspitzen. Darauf deutet etwa seine Ankündigung hin, den sich immer stärker ausweitenden Coca-Anbau und den florierenden Drogenhandel massiv zu bekämpfen. Hierfür will Duque die Felder wieder mit Glyphosat aus der Luft besprühen – eine Strategie, auf die die Santos-Regierung im Zuge der Friedensverhandlungen seit 2015 zugunsten einer Substitutionsstrategie verzichtet hatte. Vollzieht Duque hier die erneute Kehrtwende, sind neue Konflikte vorprogrammiert.<sup>9</sup>

Von dem „Gewalt-Frieden“ in den ländlichen Regionen werden weite Teile der Bevölkerung in den urbanen Zentren nichts spüren. Auch die wirtschaftliche Öffnung des Landes und die ökonomische Erschließung entlegener Gebiete für die agrarindustrielle Produktion, den Bergbau und Tourismus werden ungeachtet dessen voranschreiten. Mit Duque als neuem Präsidenten ist insofern in der Summe nicht mit einem Bruch des Friedensabkommens zu rechnen, sondern vielmehr mit einer Konsolidierung des bereits zuvor gespaltenen Friedensprozesses. Dieser wird zwar den politischen Großkonflikt zwischen Staat und FARC aller Voraussicht nach dauerhaft beenden. Den Konfliktregionen aber wird er auf absehbare Zeit weder Frieden noch ein Mehr an sozialer und politischer Teilhabe bringen.

5 Vgl. Somos Defensores, Piedra en el zapato. Informe Anual 2017.

6 Acuerdo final para la terminación del conflicto y la construcción de una paz estable y duradera, 24.11.2016, [www.altocomisionadoparalapaz.gov.co](http://www.altocomisionadoparalapaz.gov.co), S. 7.

7 So die Ergebnisse einer Studie zu drei Gemeinden in den Provinzen Cauca und Nariño, die im Rahmen des Instituto Colombo-Alemán para la Paz (Instituto CAPAZ) durchgeführt wurde. Vgl. Resultados preliminares de estudio exploratorio en Nariño y Cauca, 23.12.2017, [www.page.instituto-capaz.org](http://www.page.instituto-capaz.org).

8 Vgl. Heriberto Cairo et al., „Territorial Peace“: The Emergence of a Concept in Colombia's Peace Negotiations, in: „Geopolitics“, 29.1.2018.

9 Vgl. Juanita Vélez, Las drogas: entre la Coca y la fumigación, in: „La Silla Vacía“, 12.6.2018.